

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 99 (1973)
Heft: 35-36

Artikel: Heil dir, heile Helvetia!
Autor: Zacher, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-512007>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heil dir, heile Helvetia!

Unser Nationalsymbol, auf hohem Sokkel und auf minderwertigen nickellegierten Ein- und Zweifränkern thronend, lorbeer- geschmückt, hochbusig und à la régence drapiert bis zu den keuschen Zehen — ist sie noch so heil, wie sie aussieht? Die Frage hängt damokletisch drohend über unseren sündigen Häuptern.

Ganz so schlimm, wie manche es wahrhaben wollen, steht's nicht mit der Ehren, und auch der Staat, den sie symbolisiert, hat noch ganz heile Partien. Einigermaßen heil sind zum Beispiel noch unsere Wahlsitten. Zwar fliegen im Wahlkampf auch etwa Späne, aber wir verwechseln doch nur ganz selten frischen Schweinemist mit politischem Sprengstoff. Vielleicht wird zwar in Hinterkaffigen über einen Kandidaten gemunkelt, seine Beziehungen zur jungen Stallmagd seien kaum rein dienstlich, was ihn zum Amt eines Schulpflegers nicht gerade prädestiniere ... oder in Klütterswil wird einem Kandidaten für den Gemeinderat vorgehalten, er habe einmal für eine PdA-Initiative gesprochen ... Aber im großen und ganzen achtet man im Gegner doch den Mitbürger. Darum ist das Verhältnis zwischen einer schweizerischen Nationalratswahl zu einer bundesdeutschen Parlamentswahl wie das zwischen einem Amateur-Boxmatch im Fliegengewicht und einer besoffenen Keilerei in einer Hafenspelunke.

Ist diese Behauptung nicht allzu kühn? — Wer das glaubt, der lasse sein Gedächtnis auffrischen. Zufällig ist ein Artikel von Willy Schenk, Korrespondent einer Schweizer Zeitung in Bonn, der Altpapiersammlung entgangen und kann darum teilweise hier zitiert werden (Tagesanzeiger v. 17. 11. 72 — zwei Tage vor der Wahl):

«Die Unionspolitiker, die ständig von der Gefahr der »roten Mäuse« sprechen, haben sich in diesem Wahlkampf mit einem Heer von Wühlmäusen verbunden, die jedes Maß für politische Fairness verloren haben.

Der ehemalige Gestapo-Mann Naujock mit seiner Flüsterpropaganda, ein gewisser Herbert Frahm (ehemaliger Name von Brandt) habe 1933 in Lübeck einen Zivilisten durch Messerstiche in den Rücken getötet, mag ein nicht bestellter Außenseiter sein. Aehnliches kann man von den publizistischen Hilfstruppen nicht sagen. Wenn Zeitungen zuerst die Schiller-Gerüchte lancieren und dann trotz Dementis die Vermutung über einen Austritt des Bundesbankpräsidenten aus der SPD verbreiten, handelt es sich um gewollte Wahlhilfe. Die Springer-Presse erfindet Meldungen über Lösegelder für die jetzt aus der DDR kommenden Kinder und Häftlinge. Auch hier folgen, den De-

mentis zum Trotz, lange Kommentare über Menschenhandel. Daß der Rückgriff auf die Nazis, die Juden gegen Geld auslieferten, nicht fehlt, gehört zum Geschäft wie die Vermischung von Auslösern und Festhaltern.

Nun sind selbst bei der über jede Informationspflicht hinweggehenden Stimmungsmache des Springer-Konzerns wenigstens die Urheber noch bekannt. Tiefer im Dreck wühlen aber jene 25 »Arbeitskreise«, »Notgemeinschaften«, »Studiengesellschaften« und »Bürgerinitiativen«, die mit Millionenaufwand eine anonyme Hetze und Diffamierung betreiben. Hier handelt es sich nicht, wie die fingierten Namen vorgeben, um engagierte Bürger, sondern um bezahlte Geschäftsführer, hinter denen unbegrenzte finanzielle Mittel stehen. Ohne Absender wird da verbreitet, der Bundeskanzler habe »eine akute Leberentzündung«. Halbseitige Inserate unter der Schlagzeile »Aufrührer Mahler und Schützling Brandt«. Kleingedruckt folgt dann die Mitteilung, daß der im Zusammenhang mit der Baader-Meinhof-Bande stehende Rechtsanwalt 1968 vor Gericht Brandts

Sohn verteidigt habe. Nicht weniger perfid ist das Rieseninserat »Brandt kandidiert nicht«, wo der Wahlmodus derart verwickelt wiedergegeben wird, daß der Eindruck entsteht, man könne mit seiner Stimme gar nicht für Willy Brandt eintreten. Weitere Annoncen diffamieren den Emigranten Brandt, sprechen von dessen »gestörtem Verhältnis zu unserer Geschichte, zu Deutschland, zu Recht und Freiheit«. Hier sind in der Tat Mäuse am Werk, deren Farbe jedoch mehr mit Braun als mit Rot zu tun hat. Zum Ekel über die niederträchtige Methode kommt die Erinnerung an eine verhängnisvolle Liaison zwischen Finanzkräften und publizistischer Hetze in den dreißiger Jahren.

Man kann diese Dreckkampagne nicht einfach dem Kanzlerkandidaten Barzel anlasten. Aber die Glaubwürdigkeit seiner Kanzlerpose wird dadurch beeinträchtigt. Die Methode läßt sich auch nicht dadurch entschuldigen, daß die Regierung (wie alle CDU/CSU-Regierungen früher auch) ihre Leistungen durch den amtlichen Informationsapparat herausgestellt und in den letzten Tagen mit außenpolitischen Paukenschlägen wie dem Grundvertrag und (im Verein mit den westlichen Alliierten) der Ankündigung aufklärender Gespräche über Truppenabbau aufwartet. Die Opposition hat in diesem Wahlkampf eine schlechtere Ausgangsposition. Aber Diffamierung und Falschmeldungen als Mittel zur Machtergreifung untergraben just jene Fundamente, auf denen eine CDU/CSU-Regierung ja aufbauen möchte.»

Dürfen wir uns nun in die Brust werfen wie der biblische Pharisäer: »Wir danken Dir, Gott, daß wir nicht sind wie die ...« (Sie wissen ja, wer). Sollen wir? — Lieber nicht. Zwar kann ich mir keinen Präsidenten einer schweizerischen Landespartei vorstellen, der das Nobelpreiskomitee, das einen seiner Kollegen mit dem Friedenspreis ausgezeichnet hätte, als die legendäre blinde Sau abwerten würde, die ausgerechnet unsere größte Eichel gefunden habe; Roßbollen haben doch noch keinen festen Kurswert als politische Wurfgeschosse, sie dienen höchstens ausnahmsweise einem lokalen Einzelkämpfer. Wenn wir aber Wahl- und Abstimmungskampagnen vermehrt den Meinungsmacher-Profis, den hochbezahlten Public-Relations-Spezialisten und deren Efficiency-Psychologen überlassen, wenn auch bei uns immer mehr anonyme »Büros für ...« und »Komitees gegen ...« mitstreiten, ohne daß der Bürger weiß, woher die Brüder das Geld haben — dann wird Helvetias Robe nicht mehr lang so relativ sauber bleiben, wie sie es zum Glück heute noch ist.

